

Sorge über die Unlust der britischen Wähler

Kein Zweifel an Labours Sieg in den Unterhauswahlen

Am Donnerstag wird im Vereinigten Königreich das Unterhaus neu gewählt. Im vierwöchigen Wahlkampf ist Labours Favoritenstellung nicht erschüttert worden. Die Konservativen brauchen Glück, um einer zweiten erdrutschartigen Niederlage zu entgehen. Die Liberaldemokraten verspüren dagegen Aufwind.

pgp. London, 6. Juni

Der vierwöchige Wahlkampf hat in Grossbritannien keine hohen Wellen geschlagen. Bei den Wählern scheint die Erleichterung über das Ende der Kampagne grösser zu sein als der Drang, am Donnerstag an die Urnen zu gehen. An Labours zweitem klarem Sieg nach 1997 zweifelt niemand ernstlich. Wie klar die Erneuerung des Mandats für Premierminister Blair ausfällt, hängt in erster Linie von der Wahlbeteiligung und vom taktischen Verhalten der Stimmberechtigten ab; beides kann beim reinen Majorzsystem starke Ausschläge in der Sitzverteilung bewirken. Fast unmerklich neben der Neuwahl der 659 Unterhausabgeordneten finden in England und Nordirland auch Lokalwahlen statt. Deren Ergebnis entspricht oft nicht dem nationalen Trend, lässt aber Schlüsse auf die längerfristigen Aussichten der Parteien zu.

Taktischer Schwenk der Konservativen

Labours Hauptsorge bleibt, den Anhang – Stamm- und Wechselwähler – an die Urnen zu bringen. Zu diesem Zweck hat die Partei in der letzten Wahlkampfphase versucht, die grundsätzlichen Differenzen zu den Konservativen herauszustreichen und klar zu machen, dass nicht Umfragen, sondern die Stimmen am 7. Juni entscheiden, wer in den nächsten Jahren die Macht ausüben wird. Blair wirkte dabei weniger verkrampft als zu Beginn der Kampagne. Weil New Labour in mancher Hinsicht konservatives Terrain besetzt hat, ist der Kontrast zu den Tories freilich nicht so augenfällig wie in den achtziger Jahren. Programatische Unterschiede, die im Wortlaut der Wahlmanifeste bescheiden anmuten, sind deshalb in der Wahlrhetorik der Regierung aufgebauscht worden.

In der ersten Hälfte der Kampagne suchten die Konservativen Konfrontationen, die ihnen keinen Gewinn brachten. Ihre Spar- und Steuersenkungsversprechungen wirkten nicht überzeugend und gingen am dokumentierten Hauptwunsch der Bevölkerung nach spürbaren Verbesserungen der

schlechten öffentlichen Dienste vorbei. Der Führer der Opposition, Hague, verrechnete sich vor allem auch, als er diese Wahlen zur letzten Chance zur Rettung des Pfund Sterling erklärte. Die Wähler wissen (und Labour hat es zur Genüge betont), dass über den allfälligen Beitritt zur Euro-Zone in einer Volksabstimmung entschieden wird. Eine Wahlniederlage der Konservativen wird nun unweigerlich als Stärkung der Proeuropäer interpretiert werden.

Erst in den letzten Tagen sah die Tory-Führung den taktischen Fehler ein und begann, traditionelle konservative Werte zu betonen und Alternativvorstellungen zu Labours Reformvorhaben für Schulen, Gesundheitsdienst und Sozialstaat anzudeuten. Gleichzeitig nahm sie eine defensive, wenn auch realistische Haltung ein und begann, das Schreckbild eines neuen Erdrutschsieg Labours an die Wand zu malen – ein Argument, für das auch Unentschiedene und Wechselwähler zugänglich sind. Ein sensationeller konservativer Sieg ist deswegen nicht zu erwarten, doch die letzten Umfrageresultate zeigen einen geringeren Vorsprung Labours zwischen 10 und 15 Prozent an. Ob diese Verbesserung trotz oder dank dem energischen Eingreifen Margaret Thatchers in den Wahlkampf vor zwei Wochen eingetreten ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ihre schrille Ablehnung weiterer Integration in Europa und ihre Warnung vor einer «parlamentarischen Diktatur» Blairs dürften mehr Leute verschrecken als anziehen.

Die Liberaldemokraten im Vormarsch

Aufwind verspüren freilich auch die Liberaldemokraten. Ihr Parteichef, Kennedy, hat in der Kampagne Statur gewonnen und spricht jetzt kühn davon, er wolle den Tories den zweiten Platz und damit die Rolle als offizielle Opposition im Unterhaus streitig machen. Dass diese Hoffnung realistischer anmutet als jene auf eine Koalition mit Labour, unterstreicht allerdings nur, wie unsicher das Schicksal einer Partei, die mit nahezu 20 Prozent der Wählerstimmen rechnen darf,

im Westminster-System ist.

Wie nie zuvor hat sich die nationale britische Presse hinter Labour gestellt. Nur erzkonservative Blätter wie «Daily Telegraph» und «Daily Mail» stehen noch zu Hague, und selbst sie eher aus Aversion gegen Labour als aus positiven Gründen. Die Unterstützung für Blair wirkt jedoch fast überall halbherzig. Der linke «Guardian» wünscht Blair eine zweite Amtszeit, hofft aber auch auf einen Aufschwung der Liberaldemokraten. Die instinktiv konservative «Times» unterstützt Labour gönnerhaft zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte, kündigt aber im selben Atemzug ihr Nein in einem Euro-Referendum an. Blair ist für das Blatt empfehlenswert, weil Thatchers Erbe gegenwärtig bei ihm am sichersten aufgehoben sei. Weniger als Danaergeschenk wird der Premier das Lob der nüchternen «Financial Times» empfinden, er habe im Grossen und Ganzen kompetent regiert und verdiene deshalb eine zweite Amtszeit. Nur mit Ironie versetzt mag der wirtschaftsliberale «Economist» seinen Lesern Blair nahelegen: Dieser sei zurzeit der einzig verfügbare glaubwürdige Konservative.

Wo sich die früheren Fronten dermassen verwischt haben, müssten nichttraditionellen Minderheitsparteien Chancen winken. Doch im britischen Mehrheitswahlrecht dürften die Aussenseiter auch diesmal ohne Unterhausmandate bleiben. Das gilt sowohl für die Grünen, die in Proporzahlen in den letzten Jahren immerhin drei Sitze in der Grosslondoner Ratsversammlung, zwei Mandate im Europäischen Parlament und einen Platz im Schottischen Parlament erobert

haben, als auch für New Labours radikallinke Widersacher, die marxistische Socialist Alliance und die im traditionellen Gewerkschaftsmilieu wurzelnde Socialist Labour Party. Am Unberechenbarsten, vor allem für die Konservativen, ist die United Kingdom Independence Party, die dank Millionenspenden des Unternehmers Paul Sykes über 400 Kandidaten aufgestellt hat und eine teure Inseratenkampagne führt. Sie verfiel, seit zwei Jahren paradoxerweise auch mit drei Abgeordneten in Strassburg, den vollständigen Rückzug Grossbritanniens aus der EU.

Keine Skandale

Charakteristisch für diesen Wahlkampf sind auch seine Nicht-Themen: Weder Skandale und Korruptionsaffären, die 1997 John Major geschadet hatten, noch Labours frühere Inkompetenz als Regierung, die vor vier Jahren als Schreckgespenst gegen Blair verwendet worden war, standen diesmal ernsthaft zur Diskussion. Das ist erstaunlich, wenn man in Betracht zieht, dass Blair und sein Team, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, das Steuer ohne Exekutivverfahren in die Hand nahmen. Der Regierungschef kam jedoch mit einem Minimum an Veränderungen im Kabinett aus, Fehlentscheidungen und persönliche Verfehlungen hielten sich in Grenzen. Was zu bemängeln war, hat die Presse längst breitgeschlagen; die Konservativen, selbst gebrannte Kinder, liessen davon im Wahlkampf die Finger.